

GESCHÄFTSBERICHT 2002

1. Politischer Lagebericht

Das neue Jahr beginnt mit einem europapolitischen Paukenschlag, der Einführung des Euro als Bargeld. Damit wird die Europäische Union für jede Bürgerin und jeden Bürger in des Wortes wahrster Bedeutung begreifbar. Ein zweites positives Ergebnis folgt am 28. Februar mit der Eröffnung des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union durch Präsident Valery Giscard d'Estaing. Aufgrund der Arbeit des Konvents, der aus nationalen und Europa-Parlamentariern sowie aus Vertretern der Regierungen und der Kommission besteht, kann der Präsident schon Ende Oktober die Struktur des künftigen EU-Verfassungsvertrages der Öffentlichkeit vorlegen.

Vor Einführung der neuen Gemeinschaftswährung bestanden die Deutschen hartnäckig auf einem Stabilitätspakt, der übermäßiges Schuldenmachen der Staaten verhindern und mittelfristig zu ausgeglichenen Staatshaushalten führen soll. Nun ist ausgerechnet Deutschland eines der ersten Länder, das die Stabilitätskriterien sich anschickt zu verletzen, weshalb ihm ein sog. „Blauer Brief“ droht, den im Februar Finanzminister Eichel noch abwenden kann. Doch im November leitet die Kommission ein Defizitverfahren gegen Deutschland ein, weil die Verschuldung im laufenden Jahr das Dreiprozentkriterium zu überschreiten droht. Die Kommission kritisiert Deutschlands Finanzpolitik und fordert eine flexiblere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

Der Verbraucherschutz rückt neben dem Umweltschutz immer mehr in den Mittelpunkt europäischer Politik. Dazu wird im Verlauf des Jahres die Europäische Lebensmittelbehörde errichtet. Entschieden geht die Kommission gegen Subventionen vor, was auch die Sparkassen zu spüren bekommen, deren Gewährträgerhaftung und Anstaltslast spätestens 2005 auslaufen müssen.

Immer wieder kommt die Kommission mit begrüßenswerten Vorschlägen, so z. B. zum gemeinschaftlichen Schutz der EU-Außengrenzen. Doch die Vorschläge für die zweite und dritte Säule der „Tempelkonstruktion“ bleiben im Ministerrat zu lange hängen und finden nicht die erforderliche Einstimmigkeit. Dies ist auch die Crux für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die trotz bescheidener Erfolge auf dem Balkan nicht richtig in die Gänge kommt. Nach wie vor hinderlich ist die Aufspaltung der Kompetenzen zwischen Kommission und Ministerrat.

Die Flutkatastrophe im Sommer bringt nicht nur viel privates solidarisches Handeln hervor, sondern führt auch zur Einrichtung eines europäischen Katastrophenfonds. Die Halbzeitbewertung der jüngsten Agrarreform durch die Kommission führt zum Vorschlag einer weiteren Reform. Agrarkommissar Fischler will künftig die der Landwirtschaft zu zahlenden Beihilfen von der Produktion abkoppeln und das dadurch freiwerdende Geld verstärkt für die Entwicklung des ländlichen Raums einsetzen. Die begrüßenswerten Vorschläge werden leider bald durch einen deutsch-französischen Kompromiss verwässert, wenngleich im Kern die Entkopplung erhalten bleibt. Auf dieser Basis können dann die Verhandlungen im Agrarbereich mit den Beitrittsstaaten zum Abschluss gebracht werden, so dass der Europäische Rat in Kopenhagen Mitte

Dezember die Erweiterung der EU um die baltischen Staaten, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern beschließt. Zuvor hat Irland in einem zweiten Referendum am 19. Oktober den Vertrag von Nizza gebilligt und damit dessen einstimmige Ratifizierung ermöglicht.

Am Jahresende sind die Hoffnungen auf eine weitere positive europäische Entwicklung ganz auf die Arbeiten des Konvents zur Zukunft Europas gerichtet, der einen kohärenten Verfassungsentwurf und nicht bloß „Optionen“ erarbeiten soll.

2. Politische Tätigkeit des Landesverbandes

Mit der Einführung des Euro als Bargeld wird eine mehr als 30-jährige Forderung der Europa-Union politisch umgesetzt. Vom gemeinsamen Geld wird eine identitätsstiftende Wirkung erwartet, die leider kurzfristig durch das Teuro-Gerede erheblich eingeschränkt wird. Ihm und der Sorge, dass der Euro eine weiche Währung werden könnte, ist in öffentlichen Veranstaltungen durch Aufklärung entschieden entgegen zu treten. Die sich im Jahresverlauf immer stärker abzeichnende Gefahr, dass Deutschland einen Teil der Konvergenzkriterien des Stabilitätspaktes verletzen wird, veranlasst den Landesverband, sich mit allem Nachdruck für deren Einhaltung innerverbandlich und in der Öffentlichkeit einzusetzen. Dies geschieht auch auf dem XXXIII. Landeskongress Ende Oktober in Zweibrücken, wo einstimmig festgestellt wird, dass jede Aufweichung des Stabilitätspaktes einen Einstieg in den Ausstieg aus dem Stabilitätspakt bedeutet, der ein Stützpfiler für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion bleiben muss.

Unter dem Motto „Welches Europa soll es sein?“ bekräftigen die 70 Delegierten ebenso einstimmig, dass die Erweiterung der Europäischen Union eine politische Notwendigkeit und eine historische Chance für die Vereinigung Europas ist. Die Delegierten fordern die Beitrittsverhandlungen im Rahmen der Eigenmittel-Obergrenzen, die in der Agenda 2000 vereinbart sind, vor Jahresende zum Abschluss zu bringen. Zugleich unterstützen sie eine erneute Reform der Agrarpolitik und insbesondere die Entkopplung der Direktbeihilfen von den Produktionsmengen. Die beschlossenen Positionen sind innerverbandlich umzusetzen und in Veranstaltungen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Mit gespanntem Interesse verfolgt der Landesvorstand den Diskussionsverlauf im Konvent und setzt sich nachdrücklich für die Stärkung der Gemeinschaftsmethode in der zu erarbeitenden Verfassung ein. Dem für 2003 erwarteten Konventsergebnis wird große Bedeutung für die Weiterentwicklung der Europäischen Union beigemessen.

3. Bildungsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes und seiner Kreisverbände ist europapolitische Bildungsarbeit im weitesten Sinne. Dieser wichtigen Aufgabe stellen sich alle Landesvorstandsmitglieder in Veranstaltungen der verschiedensten Art und werben somit für die Entwicklung eines europäischen Bewusstseins.

3.1 *Europäischer Wettbewerb*

Vorbereitung und Werbung in allen Schulen für die Teilnahme, Durchführung und Abwicklung des Europäischen Wettbewerbs sind eine Schwerpunktaufgabe für den Landesverband und die meisten Kreisverbände, die sie während des gesamten Schuljahres in Anspruch nehmen. Der Wettbewerb wird in Rheinland-Pfalz in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vom Landesverband und dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend getragen sowie dankenswerter Weise von einer Reihe von Sponsoren, darunter die Landeszentrale für politische Bildung und Sport-Toto GmbH, unterstützt.

Wenn auch gegenüber dem Vorjahr mit einer bisher noch nicht erreichten Rekordbeteiligung die Teilnehmerzahl um 2,5 v. H. zurückging, so hat sich der 49. Europäische Wettbewerb mit 16.301 teilnehmenden Schülerinnen und Schülern auf hohem Niveau stabilisiert. Er stand unter dem Motto „Europa steckt voller Geschichte(n)“. Die vom Landesverband betreute Landesjury ermittelt in zweitägiger Arbeit aus den ihr nach Vorauswahlen in Schulen und Kreisjurs vorgelegten 3.801 bildnerischen und schriftlichen Arbeiten 500 Landespreisträger. Darunter sind die 117 ersten Landespreisträger, denen im Rahmen eines eindrucksvollen Tagesprogramms während einer Feierstunde die Preise vom Landesvorsitzenden der Europa-Union Rheinland-Pfalz, Professor Dr. Otto Bardong, und vom zuständigen Referenten des Bildungsministeriums, Dr. Klaus Sundermann, im Engerser Schloss überreicht werden.

In Polen fördert der Landesverband weiterhin den Europäischen Wettbewerb in der Stadt und im Powiat Jelenia Góra sowie in der Stadt und dem Powiat Tarnów. In beiden Städten werden zusammen 50 Landespreise in öffentlichen Veranstaltungen, in Tarnów im Zusammenhang mit einer vom Landesverband durchgeführten deutsch-polnischen Lehrertagung überreicht.

3.2 Weitere Aktivitäten im Bildungsbereich

Während der Landesverband zentral alle Schulen um Teilnahme am Wettbewerb bittet, treten die meisten Kreisverbände mit eigenen Aktionen an die Schulen ihres Bereichs mit der Bitte, sich am Wettbewerb zu beteiligen, heran. Es sind dies nach uns vorliegenden Informationen die Kreisverbände Alzey-Worms, Bad Bergzabern/Südl. Weinstraße, Birkenfeld, Bitburg-Prüm, Germersheim, Kaiserslautern, Landau/Südl. Weinstraße, Ludwigshafen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Pirmasens, Rhein-Lahn, Trier, Westerwald, Worms und Zweibrücken. Diese Verbände organisieren eigene Kreisjurs, ermitteln Kreissieger und zeichnen diese in Zusammenarbeit mit den zuständigen Oberbürgermeistern und/oder Landräten in örtlichen Feierstunden aus. Mit Ausstellungen der Wettbewerbsarbeiten wird für den kommenden Wettbewerb in Kaiserslautern und Worms geworben.

3.3 Zusammenarbeit mit europäischen Bildungseinrichtungen

An acht sechstägigen Seminaren, die das Geschäftsf. Vorstandsmitglied gemeinsam mit der Europäischen Staatsbürger-Akademie Thüringen e.V. in Cursdorf durchführt, beteiligen sich insgesamt 231 junge Polen und Deutsche, die sich nicht nur mit der europäischen Einigungspolitik beschäftigen, sondern bei Exkursionen Einblick gewinnen in den in Thüringen stattfindenden Transformationsprozess, der zu Vergleichen mit der Entwicklung in Polen führt. Besuche der Wartburg und des ehemaligen KZ Buchenwald lassen geschichtliche Ereignisse vor Ort lebendig und für die Gegenwart tragfähig werden.

Ein Höhepunkt der deutsch-polnischen Arbeit ist ein in Malopolska durchgeführtes deutsch-polnisches Lehrerseminar, an dem sich 53 Lehrkräfte beteiligen, die zuvor unsere Lehrerseminare in Cursdorf besucht hatten. Dieses achttägige binationale Lehrerseminar dient der Vertiefung und Verbreiterung des Wissens über einen kulturell und geschichtlich wichtigen Teil Polens sowie der Verfestigung bereits früher entstandener persönlicher Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Lehrkräften.

Mit der 5. Agrartagung unter dem Leitthema „Ist die Gemeinsame Agrarpolitik besser als ihr Ruf?“ wird die agrarpolitische Arbeit im binationalen Rahmen fortgeführt. Neben der intensiven Beschäftigung mit den aktuellen agrarpolitischen Fragen steht das Kennenlernen des Transformationsprozesses im geschichtlich bedeutsamen Schmalkalden und das Zusammenwirken von Ökologie und Landwirtschaft im Biosphärenreservat Vessertal. Die vorstehend skizzierten Seminaraktivitäten finden bei den polnischen Partnern nicht nur gute Aufnahme, sondern ein so großes Interesse, dass bei weitem nicht alle Interessenten berücksichtigt werden können.

4. Verbandsarbeit

4.1 Landesebene

Der Landesverband vertritt die Europa-Union selbstverständlich nach außen. Nach innen regt er nicht nur an, sondern sorgt für die Umsetzung der Beschlüsse der verschiedenen Verbandsebenen und koordiniert die die Kreisverbandsebene überschreitenden Aktivitäten wie z. B. Europäischer Wettbewerb und Europawoche. In dieser treten die verschiedenen Verbandsebenen verstärkt mit Aktivitäten hervor, so in diesem Jahr zu den Themen Erweiterung und Europäische Verfassung.

4.1.1 Organisationsstruktur

Diese bleibt mit 24 Kreisverbänden konstant.

4.1.2 Landeskongress

Wie bereits unter Ziffer 2 erwähnt, findet der XXXIII. ordentliche Landeskongress unter dem Leitthema „Welches Europa soll es sein?“ Ende Oktober in Zweibrücken statt. In einer mit dem Landeskongress organisatorisch verbundenen Informationstagung geht Staatsminister Herbert Mertin Fragen nach einem gemeinsamen Rechtsraum für Europa nach, behandelt PD. Dr. Sven Hölscheidt „Eine föderale Verfassung für Europa“ und als Ziel der Europaarbeit nennt Dr. Eckart Guth, stellv. Generalsekretär der Europäischen Kommission, das ganze Europa. Der XXXIII. Landeskongress verabschiedet bei drei Enthaltungen eine vierseitige EntschlieÙung unter dem Motto „Jetzt die Erweiterung der EU schaffen!“. Über sie wird vorstehend unter Ziffer 2 ebenso kurz berichtet wie über das Engagement des Landesverbandes gegen jede Aufweichung des Stabilitätspaktes. Beide EntschlieÙungen, die sich in den Ergebnissen des 49. Bundeskongresses der Europa-Union Deutschland wiederfinden, sind die Grundlagen für die weitere europapolitische Arbeit des Landesverbandes.

Nach den zustimmend aufgenommenen Berichten des Geschäftsf. Vorstandsmitglieds und des Landesschatzmeisters wählt der Landeskongress den neuen Landesvorstand mit Professor Dr. Otto Bardong als Vorsitzenden. Die stellv. Landesvorsitzenden Dr. Hermann Franz, Ernst-Ludwig Göpfert und Ralf Walter MdEP werden ebenso wiedergewählt wie das Geschäftsf. Vorstandsmitglied Manfred H. Däuwel und Schatzmeister Holger Scharff. Als weitere Landesvorstandsmitglieder werden gewählt Heinz-Günter Best, Gisela Büttner, Sven Hoffmann, Alexander Hourlé, Dr. Norbert Neuhaus, Jörg Saalbach, Helmut Schilz und Josef Schork. In der unmittelbar nach Kongressende stattfindenden konstituierenden Sitzung wird Hans Hermann Dieckvoß erneut in den Landesvorstand berufen, dem der JEF-Landesvorsitzende Markus Friderichs kraft Amtes angehört.

4.1.3 Landesvorstand

Die vom XXXIII. Landeskongress zu leistende inhaltliche Arbeit wird vom Landesvorstand vorbereitet. In vier Vorstandssitzungen werden die aktuelle europapolitische Lage behandelt, Anregungen für die weitere Arbeit erarbeitet und organisatorische Fragen besprochen. Darüber hinaus ist jedem Vorstandsmitglied ein eigenes Aufgabenfeld zugeordnet. Die Arbeit wird ehrenamtlich erledigt.

4.1.4 Landesgeschäftsstelle

Die Landesgeschäftsstelle ist nur mit einer Halbtagskraft besetzt. Die Buchhaltung wird von einer bei Bedarf tätig werdenden Stundenkraft erledigt.

Das Geschäftsf. Vorstandsmitglied initiiert, koordiniert und wirkt unterstützend bei der Erledigung der vielfältigen Arbeiten mit.

Erste Vorarbeiten für die Einrichtung der elektronischen Kommunikation werden mit dem Ziel eines Internetauftritts des Landesverbandes in Angriff genommen.

4.1.5 Mitarbeitertagungen

Während des XXXIII. Landeskongresses werden im Rahmen der Berichte eingehend organisatorische Fragen behandelt. Dabei steht die Mitgliederentwicklung im Mittelpunkt. Mit acht mehrseitigen Rundschreiben und Besuchen des Landesvorsitzenden oder des Geschäftsf. Vorstandsmitglieds bei den Kreisverbänden werden notwendige Kontakte zwischen Landes- und Kreisebene hergestellt, so dass aus Sparsamkeitsgründen auf die Durchführung einer Mitarbeitertagung verzichtet wird.

4.1.6 Landesspezifische Aktivitäten/Kreisverbände

Selbstverständlich beteiligen sich die Kreisverbände und der Landesverband an der inzwischen bundesweit stattfindenden Europawoche mit den unterschiedlichsten Aktionen wie klassische Vorträgen, Podien, Straßenaktionen mit Infoständen u. ä.

Die Zusammenarbeit mit polnischen Partnern hat sich aus persönlichen Kontakten heraus entwickelt und ständig ausgeweitet. Sie ist heute ein Schwerpunkt der Arbeit, so wie es in früheren Jahrzehnten in Richtung Frankreich geschah. Der Landesverband sieht in der Zusammenarbeit mit polnischen Partnern einen kleinen, aber wichtigen Beitrag zum Abbau noch bestehender Vorbehalte und Vorurteile und damit zum gegenseitigen Kennenlernen und Verstehen. Das bereits unter Ziffer 3.3 erwähnte deutsch-polnische Lehrerseminar ist dabei ein wichtiger Baustein, weil es auf beiden Seiten unmittelbar auf und in die Jugend hineinwirkt. Darüber hinaus werden bestehende Kontakte zu ungarischen Partnern gepflegt.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit UEF-Sektionen in Luxemburg, Belgien und Frankreich wird von den an der Westgrenze des Landes liegenden Kreisverbänden wahrgenommen. An der Tagesveranstaltung „Tanz für Toleranz“ im September in Mainz beteiligt sich der örtliche Kreisverband.

Die mehrmaligen Versuche herauszufinden, wie viel Veranstaltungen die EU-Verbände im Land mit wie viel Teilnehmern durchführen, scheitert an dem offenbar zu hohen bürokratischen Aufwand. Dabei muss bedacht werden, dass alle Kreisverbände ehrenamtlich geführt werden und viele Führungspersonen im aktiven Dienst stehen.

4.1.7 Zusammenarbeit mit Landesparlament/Landesregierung/Europaminister

Mit dem Europa-Ausschuss des Landtags und in Zusammenarbeit mit dem Parlamentarischen Beirat wird eine gut besuchte Podiumsveranstaltung unter der Fragestellung „Was erwartet der Landtag von einer europäischen Verfassung?“ mit den Abgeordneten Dr. Dieter Schiffmann, Gerd Schreiner, Dr. Edmund Geisen und Nils Wiechmann durchgeführt. Ziel der Veranstaltung ist das Bekanntmachen der Positionen der Landtagsfraktionen zu Beginn der Konventsarbeit. Landtag und Staatskanzlei sind zu danken für die institutionelle Förderung des Landesverbandes. Die gute und unbürokratische Zusammenarbeit mit dem Wettbewerbsreferat des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend wurde bereits ebenso erwähnt wie die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung. Auch bei der Landesvertretung beim Bund und bei der Europäischen Union findet der Landesverband ein offenes Ohr.

Sicher wird verstanden, wenn wir der Parlamentarier Offenheit für Europa messen an ihrer Bereitschaft, der Europa-Union als Mitglied beizutreten. 43 Landtagsabgeordnete, das sind 42,6 v. H. gehören dem Landesverband als Mitglieder an. Nach Parteien aufgegliedert sind dies 19 SPD-, 16 CDU- und sechs FDP-Abgeordnete sowie zwei Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. Gern wird verzeichnet, dass neben Ministerpräsident Kurt Beck vier seiner Kabinettsmitglieder der Europa-Union angehören. Dies gilt auch für die Vorsitzenden der Fraktionen von SPD, CDU und FDP. Ein Drittel der rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten bekennt sich zur Europa-Union. Die Aufgliederung nach Parteien ergibt fünf SPD-, vier CDU- und ein

FDP-Abgeordneter. Die in Rheinland-Pfalz gewählten vier CDU- und drei SPD-Europaabgeordneten gehören alle dem Landesverband als Mitglieder an.

Der überparteiliche Charakter der Europa-Union kann kaum besser als durch vorstehende Mitgliedschaften dokumentiert werden. Sie zeigen zugleich, dass die Arbeit der Europa-Union auch Wiederhall auf den verschiedenen politischen Ebenen der Bundesrepublik findet.

4.1.8 Öffentlichkeitsarbeit

Selbstverständlich werden zu allen landeszentralen Veranstaltungen die regionalen Medien eingeladen und darüber hinaus mit acht Pressemitteilungen über die Arbeit informiert. Ihr Niederschlag in den regionalen Medien lässt leider zu wünschen übrig. Die Kreisverbände pflegen den Kontakt zur örtlichen Presse, die über ihre Veranstaltungen in der Regel gut berichtet.

4.2 Bundesebene

In den vom Bundesverband eingesetzten Kommissionen Osterweiterung, Europäische Verfassung und Ausländerkommission arbeiten mehrere Landesvorstandsmitglieder intensiv mit. Das gleiche gilt für die beiden Kongresse in Lübeck/Kopenhagen und in Hameln. Der Landesvorsitzende gehört als Vizepräsident dem Präsidium der Europa-Union Deutschland an, dessen Ehrenpräsident Dr. Egon A. Klepsch ebenfalls aus dem Landesverband kommt. Im Bundesausschuss, dem zwischen den Bundeskongressen höchsten Verbandsgrremium, sind neben dem Landesvorsitzenden das Geschäftsf. Vorstandsmitglied und weitere Landesvorstandsmitglieder vertreten.

4.3 Transnationale Ebene

Die Arbeit der UEF wirkt unmittelbar in den Landesvorstand hinein, weil neben dem Landesvorsitzenden drei weitere Vorstandsmitglieder im Bundeskomitee der Union Europäischer Föderalisten vertreten sind und regelmäßig berichten.

5. Jugendarbeit

Die Jungen Europäischen Föderalisten Rheinland-Pfalz verstehen sich als die Jugendorganisation der Europa-Union und besorgen für diese nach Kräften europäische Jugendarbeit. Der dem Landesvorstand kraft Amtes angehörende JEF-Landesvorsitzende berichtet in jeder Landesvorstandssitzung über die Arbeit seines Verbandes.

6. Landesbeirat

Dieser ist mit 47 Mitgliedsorganisationen und –einrichtungen die rheinland-pfälzische Sektion der Europäischen Bewegung Deutschland. Er war an der unter Ziffer 4.1.7 genannten Veranstaltung beteiligt und wird zu allen landeszentralen Veranstaltungen eingeladen. Mit den Gliederungsverbänden des Landesbeirats halten die Kreisverbände Kontakt und arbeiten zusammen.

7. Schlussbemerkung

Dieser Jahresbericht geht unter Vernachlässigung von Einzelheiten auf Schwerpunkte der Jahresarbeit ein, die vom Landesverband und seinen Kreisverbänden geleistet wird. Herzlich zu danken ist allen, die sich an dieser Arbeit beteiligt haben. Ebenso herzlichen Dank gebührt aber auch allen Mitgliedern, die durch pünktliches Zahlen ihrer Beiträge erst die finanzielle Grundlage für die Arbeit legen. Diese wird dankenswerter Weise vom Land Rheinland-Pfalz durch institutionelle Förderung und durch Sponsoren verbreitet.